

Das Wochenmagazin der SPÖ

www.spoe.at



Aktuell

28. Jänner 2011 • Nr. 3 • € 1,50

Kommentar von
SPÖ-Kultursprecherin Sonja Ablinger
zur Netzpolitik



Weltwirtschaftsforum Davos:

Kanzler Faymann kämpft für Verteilungsgerechtigkeit

INTERN

In Davos trifft sich die globale Elite zum Weltwirtschaftsgipfel. Die Zusammenkunft von 2.500 Staatenlenkern, Konzern-Chefs, Experten und Intellektuellen im Schweizer Nobel-Skiort dient der Vernetzung für eine positive Weltentwicklung. Bundeskanzler Werner Faymann, der Finanzminister und der Außenminister repräsentieren dieses Jahr Österreich. In einem Interview spricht der Bundeskanzler über die wesentlichen Themenbereiche, die auch Inhalt seiner politischen Gespräche in Davos waren: Euro-Sicherheit und EU-Haftungsschirm, strengere Regeln für die Finanzmärkte und sozialer Ausgleich.

SPÖ-Vorsitzender und Bundeskanzler Werner Faymann steht voll und ganz hinter Verteidigungsminister Norbert Darabos und seinen Bemühungen um eine grundsätzliche Bundesheerreform. Die sieben Modelle für die künftige Organisation unseres Heeres, die der Verteidigungsminister vorgelegt hat, sollen bis zum Sommer mit dem Koalitionspartner diskutiert werden. Wobei sich für die SPÖ bereits als klarer Favorit das Modell eines Freiwilligenheeres herauskristallisiert hat.

Eure Redaktion

Highlights der Woche

Weltwirtschaftsgipfel	4
Interview mit Bundeskanzler Werner Faymann.....	5
Bundesheer	6
Kreisky-Serie Teil 2	10
Kommentar von SPÖ-Kultursprecherin Sonja Ablinger zur Netzpolitik	14



Schefflik

SPÖ-Europasprecherin Muttonen:
Beim Treffen der EU-Außenminister am 31. Jänner soll ein Maßnahmenbündel für Tunesien beschlossen werden.

Demokratisierung Tunesiens unterstützen

Um in Tunesien den Übergang zur Demokratie zu ermöglichen, braucht es internationalen Druck und Unterstützung, so SPÖ-Europasprecherin Christine Muttonen. Ein Auslöser für die Unruhen war auch die schwierige wirtschaftliche Situation in Tunesien. „Hier muss die EU überlegen, welche Möglichkeiten der Unterstützung im ökonomischen Bereich sinnvoll sind. Selbstverständlich muss diese Unterstützung an einen politischen Dialog gekoppelt sein, der auch Menschenrechtsfragen einschließt“, betonte Muttonen. ◆

Zitat der Woche

„Die Welt hat sich verändert, daher muss es auch Reformen geben.“

FPÖ-Präsident Karl Blecha plädiert für eine Reform des Bundesheeres.

Konjunktur Österreich

Prognose – 5 - Jahres-Schnitt

2001 bis 2005	2005 bis 2010	2011 bis 2015
▼	▼	▼
BIP-Wachstum jährliche Veränderung in Prozent		
+1,6	+1,5	+2,2

Grafik: SPÖ | Quelle: APA/WIFO

Österreichs Wirtschaft wächst

Die aktuellen Prognosen des Wirtschaftsforschungsinstituts (Wifo) prognostizieren Österreichs Wirtschaft bis 2015 ein Wachstum von 2,2 Prozent. „Die erfreuliche Prognose zeigt, dass die österreichische Bundesregierung die richtigen Maßnahmen gesetzt und somit die optimale Basis für den Wirtschaftsaufschwung geschaffen hat“, betont SPÖ-Wirtschaftssprecher Christoph Matznetter. Das prognostizierte Wirtschaftswachstum weist darauf hin, dass sich die positive wirtschaftliche Entwicklung verfestigt hat. „Das ist eine Bestätigung der erfolgreichen Arbeit der Regierung. Es muss aber auch ein Ansporn sein, um weitere Maßnahmen zu setzen, besonders für Klein- und Mittelunternehmen sowie Ein-Personen-Unternehmen. Denn diese Betriebe haben sich in wirtschaftlich schwierigen Zeiten als krisensicher erwiesen“, so Matznetter. SPÖ-Finanzsprecher Jan Krairner hebt die Wichtigkeit von Kurzarbeit als Maßnahme zur Krisenüberbrückung hervor: „Österreichs Betriebe konnten ihre Mitarbeiter auch während der auftragschwächeren Zeit in Beschäftigung halten und jetzt mit voller Kraft und erfahrenen Mitarbeitern durchstarten.“ ◆

Straches Anbiederung an die USA ist schiefgelaufen

Laut Enthüllungen auf Wikileaks hat FPÖ-Obmann Strache bei einem Treffen mit US-Beamten einen mehr als negativen Eindruck hinterlassen.

Wie das Nachrichtenmagazin „News“ in seiner aktuellen Ausgabe berichtet, beschrieben US-Beamte Strache in geheimen US-Depeschen als „national-konservativen und zynischen Politiker“. Eine erstaunlich treffsichere Einschätzung, wie SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter meint. Straches Versuch, sich mit positiven Kommentaren zur Todesstrafe bei den US-Beamten anzubiedern, ist somit schiefgelaufen, so Kräuter. Für den SPÖ-Bundesgeschäftsführer ist klar:

„Gebe es in der FPÖ qualifizierte Führungskräfte – auch dies wird in den US-Depeschen in Abrede gestellt – so würde Straches inakzeptable Aussage auch innerhalb seiner Partei auf Kritik und Ablehnung stoßen.“

Die Erkenntnis der US-Beamten, dass ein weiterer Dialog mit der FPÖ wenig gewinnbringend sein werde, betätigt sich auch hierzulande durch die einschlägige Parolenpolitik der Strache-Partei, so Kräuter. ◆



Zimmer

SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter kritisiert Straches positive Äußerungen zur Todesstrafe: „Diese stellen einen klaren Tabubereich mit europäischen Grundwerten dar.“



STANDPUNKT

Es geht um sechs Monate Lebenszeit

Es gibt kein vernünftiges Argument gegen die Einführung eines Freiwilligenheeres. Reden wir darüber, worum es wirklich geht: Was soll das Heer in Zukunft leisten welche Möglichkeiten soll es jungen Menschen bieten?

Fotolia



Die allgemeine Wehrpflicht stiehlt zehntausenden jungen Männern ein halbes Jahr wertvoller Ausbildungszeit.

Für mich ist klar: Katastrophenschutz, Auslandseinsätze und notwendige Elemente der Landesverteidigung müssen gewährleistet bleiben. Es soll effizienter und besser auf neue Herausforderungen reagieren können. All das wäre mit dem von Norbert Darabos präsentierten Modell erfüllt. Gleichzeitig wäre der Zwang weg, entweder Präsenz- oder Zivildienst machen zu müssen. Die Ausbildung kann in dieser Zeit fortgesetzt, ein Berufsweg eingeschlagen oder ein freiwilliges soziales Jahr mit ordentlicher Entlohnung nach kollektivvertraglichen Standards gemacht werden. Die Ausbeutung junger, zwangsverpflichteter Menschen hätte ein Ende.

Besitzstandswahrer meldeten sich in den letzten Tagen vermehrt zu Wort und versuchten gegen die Reform Stimmung zu machen, das ist ihnen nicht gelungen.

Von der von Norbert Darabos präferierten Einführung eines Freiwilligenheeres würden junge Menschen stark profitieren. Profitieren würde aber auch das Bundesheer selbst, ginge mit dieser längst überfälligen Reform doch zusätzlich eine Professionalisierung einher. Gut ausgebildete Freiwillige sind motivierter als zwangsverpflichtete Grundwehrdiener.

Tatsache ist, dass die allgemeine Wehrpflicht zehntausenden jungen Männern ein halbes Jahr wertvoller Ausbildungszeit stiehlt. Man will diesen jungen Leuten weiterhin

„Man will jungen Leuten weiterhin sechs Monate lang einen Dienst aufzwingen, für den es inzwischen bessere Alternativen gibt. Das ist unfair und sachlich durch nichts zu rechtfertigen.“

sechs Monate lang einen Dienst aufzwingen, für den es inzwischen bessere und ökonomisch sinnvollere Alternativen gibt. Das ist unfair und sachlich durch nichts zu rechtfertigen. Wer kennt nicht die Geschichten von sinnlosen Tätigkeiten, die Präsenzdiener beim Bundesheer verrichten müssen – vom Parkplatz kehren bis zum Autowaschen?

Ähnliches lässt sich über das Modell Sozialjahr sagen. Jene, die sich sozial engagieren wollen, werden in Zukunft dafür auch entsprechend entlohnt und stehen vielen sozialen Organisationen zwölf Monate lang zur Verfügung.

Die Jungen haben längst erkannt, dass das ein Schritt in die Zukunft ist. 65 Prozent der 16- bis 25-Jährigen wollen eine Abschaffung der Wehrpflicht. 73 Prozent derselben Altersgruppe glauben nicht, dass ein Berufsheer in Krisenzeit die Demokratie in Österreich gefährden könnte, indem es gegen die eigene Bevölkerung zum Einsatz gebracht wird. 70 Prozent der jungen Menschen sind überzeugt, dass ein Freiwilligenheer professioneller arbeiten würde.

Diese Zahlen sprechen für sich. Es geht um sechs Monate Lebens- und Ausbildungszeit für mehr als 25.000 Menschen pro Jahr. Es ist Zeit, ihnen diese sechs Monate zurückzugeben. ♦

Ich freue mich über Diskussionsbeiträge zum Thema auf

www.facebook.com/laurarudas.at



BUNDESKANZLER FAYMANN IN DAVOS

Weiter volle Kraft

Beim diesjährigen Weltwirtschaftsforum in Davos traf Bundeskanzler Werner Faymann eine Reihe hochrangiger Politiker zum Gespräch. Seine Themen: sozialer Ausgleich, Bekämpfung der Spekulation und Investitionen in die Bildung.



Der thematische Bogen beim Weltwirtschaftsforum spannt sich von der europaweiten Spekulationsbekämpfung über die Regulierung der Finanzmärkte bis hin zu Fragen von Klimaschutz und Energiesicherheit.

Das 41. Weltwirtschaftsforum (World Economic Forum, WEF) steht unter dem Motto „Gemeinsame Normen für eine neue Realität“, was sich auf die Verlagerung der politischen und wirtschaftlichen Macht bezieht.

Die für Österreich wesentlichen Themen bei diesen Treffen sind die aktuellen glo-

balen Herausforderungen: die europaweite Bekämpfung der Spekulation – vor allem auf Nahrungsmittel –, die Regulierung der Märkte, Verteilungsgerechtigkeit in ganz

Europa, Armutsbekämpfung, das Verhindern des Auseinanderklaffens von Arm und Reich, die Stärkung der Rolle des Staates in Krisen und als Regulator bei Marktversagen, die Finanztransaktionssteuer, die Sicherung der sozialen Systeme, sozialer Ausgleich als Standortfaktor, das Anheben von Sozialstandards heben statt diese im Wettbewerb nach unten zu nivellieren, das Bekämpfen von Korruption, Investitionen in Bildung und Forschung, Schaffung von Green Jobs, Klimaschutz sowie Energiesicherheit. Die Teilnehmer des WEF beraten über die drängendsten Fragen der Weltwirtschaft, z.B. über die Rolle Chinas, das Japan im vergangenen Jahr als zweitgrößte Wirtschaftsmacht überholt hat, und die Lehren aus der Finanzkrise.

Euro-Haftungsschirm – Thema in Davos

Der Euro-Haftungsschirm, der ab 2013 als permanenter Krisenbewältigungsmechanismus gilt, wurde ebenfalls thematisiert. Der Haftungsschirm soll die Stabilität des Euro gewährleisten. Die Verpflichtung zur wechselseitigen Haftungsübernahme ist schon bei der Einführung des Euro entstan-

HINTERGRUND

Was ist das WEF?

Das WEF ist eine gemeinnützige Stiftung, die seit 1971 jährlich ein Treffen im Schweizer Skiort Davos veranstaltet. Dabei kommen international führende Wirtschaftsexperten, Politiker, Intellektuelle und Journalisten zusammen, um über die dringlichsten Fragen der Welt wie Gesundheits- und Umweltfragen zu diskutieren. Das WEF betätigt sich auch in der Forschung.



BKA/Hopi Media

gegen Spekulation

„Wir werden auch bei einer Finanztransaktionssteuer und bei strengeren Regeln für den Bankensektor weiterhin nicht nachlassen. Das erwarten die Menschen von uns.“

Bundeskanzler Werner Faymann

den. Der permanente Haftungsschirm wird also nicht erst jetzt durch eine Änderung des Lissabon-Vertrags neu eingeführt, sondern kommt – auf Wunsch insbesondere Deutschlands – als Dauereinrichtung.

Die Frage der Einbindung der Bürger in EU-Entscheidungen ist legitim, und der Bundeskanzler steht dem Instrument der Volksabstimmung auch positiv gegenüber. Aber es gelte auch abzuwägen, wann eine solche erforderlich ist. Die Österreicherinnen und Österreicher können sicher sein – wenn eine Volksabstimmung notwendig und gerechtfertigt ist, wird es auch eine geben, so Werner Faymann. „Die gemeinsame Währungsunion ist ein Herzstück der EU und hat uns viel Positives gebracht“, so Bundeskanzler Faymann, der daher Maßnahmen, diese zu schützen, fördert. Neben dem Schutzschirm seien strengere, klare Regeln für den Finanzmarkt wünschenswert.

Die Liste der Gesprächspartner des Bundeskanzlers besteht durchwegs aus hochrangigen Vertretern aus Politik und Wissenschaft. Er traf in Davos unter anderem die Schweizer Bundespräsidentin Micheline Calmy-Rey, Wirtschaftsnobelpreisträger Joseph Stiglitz, OECD-Chef Angel Gurría, den ukrainischen Präsidenten Viktor Janukowitsch, den Präsidenten von Aserbaidschan, İlham Aliyev, den Gründer des WEF, Klaus Schwab, sowie Liz Mohn von der Bertelsmann Stiftung zu Gesprächen. In einer Österreich-OECD-Runde, an der Bundeskanzler Werner Faymann, Vizekanzler Pröll und Außenminister Spindelegger teilnahmen, wurden die aktuellen Herausforderungen Europas erörtert.

◀ **Bundeskanzler Werner Faymann wurde von der Schweizer Bundespräsidentin Micheline Calmy-Rey zum Weltwirtschaftsforum in Davos begrüßt und nutzte die Gelegenheit zu politischen Gesprächen.**

INTERVIEW

„Verhindern, dass Arm und Reich auseinanderklaffen“

Bundeskanzler Werner Faymann im Interview mit „SPÖ Aktuell“ über das Weltwirtschaftsforum in Davos, wesentliche Ziele der europäischen Sozialdemokratie und die Erwartungen der Menschen.

Plambeck



Bundeskanzler Werner Faymann:
Es geht um soziale Gerechtigkeit und
Verteilung von Vermögen.

„SPÖ Aktuell“: Welchen Schwerpunkt erwarten Sie sich vom Weltwirtschaftsforum in Davos?

Werner Faymann: Heutzutage geht es überall, wo sich Staatschefs und Wirtschaftsleute treffen, vor allem darum, dass wir verhindern müssen, dass Arm und Reich auseinanderklaffen. Nach der Wirtschafts- und Finanzkrise spekulieren die Märkte wieder drauf los, als hätte es keine Krise gegeben. Die Aktienmärkte erholen sich schneller als die sozial Schwächeren. Die Kürzungsprogramme, die nun überall in Europa wegen der Finanzkrise umgesetzt wer-

den, führen meistens dazu, dass diese Kluft größer wird. Hier müssen wir dagegen halten.

Was ist in Ihren Augen die größte Herausforderung nach der Krise?

Faymann: Von uns Sozialdemokraten werden Antworten auf die folgende Frage erwartet: Wie sollen die Budgets konsolidiert werden, ohne dass das auf dem Rücken der Bevölkerung passiert? Das ist eines der Hauptthemen, damit es sich nicht wieder einige Vermögende richten, indem sie als Alibi die Interessen der Mittelschicht oder der Jugend oder der Mindestpensionisten vorschieben, nur damit sich für die Reichen nichts ändert. Das muss man deutlich ansprechen.

Was unternimmt die Sozialdemokratie dafür, dass dieses Szenario verhindert wird?

Faymann: Es geht um die Modernisierung der Wirtschaft, um bessere Bildung für alle, um Forschung, um weniger Bürokratie, um eine Stärkung des Standortes Europa in vielerlei Hinsicht. Und natürlich schauen wir Sozialdemokraten ganz besonders auf die Themen der sozialen Gerechtigkeit, der Verteilung der Vermögen, auf wichtige Leistungen wie Bildung für alle. Deswegen werden wir auch bei einer Finanztransaktionssteuer und bei strengeren Regeln für den Bankensektor weiterhin nicht nachlassen. Das erwarten die Menschen von uns. ♦

Rund 2.500 hochrangige Teilnehmer aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Medien sind zum Weltwirtschaftsforum in Davos zusammengekommen. Dieses Jahr nehmen am WEF u.a. der russische Präsident Dimitri Medwedew, der briti-

sche Premierminister David Cameron, der französische Präsident Nicolas Sarkozy sowie die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel und hochrangige Politiker aus den USA und China teil. ♦

LANDESVERTeidUNG

Freiwilligenheer – der beste Weg für Österreich

Rund um die mutigen Reformpläne von Verteidigungsminister Norbert Darabos sind die Wogen hochgegangen. Jetzt ist es Zeit, zurück zur Sachlichkeit zu kommen und das Bundesheer zukunftsfit zu machen.

Macher



„Es gibt kein vernünftiges Argument, das gegen ein Freiwilligenheer spricht.“

SPÖ-Bundesgeschäftsführerin Laura Rudas

Motivierte Freiwillige statt zwangsverpflichteter Grundwehrdiener – die mutigen Reformpläne von Verteidigungsminister Darabos bringen mehr Professionalität ins Österreichische Bundesheer.

nete Elisabeth Hakel: „Milizsoldatinnen und –soldaten, die regelmäßig Übungen absolvieren, können mehr leisten als zwangsverpflichtete Grundwehrdiener.“

Junge für Darabos-Modell

Das Ende des Zwangsdienstes für rund 24.000 junge Männer pro Jahr ist eines der gewichtigsten Argumente für ein Freiwilligenheer. Eine aktuelle Umfrage des Meinungsforschungsinstitutes SORA zeigt, dass die Zustimmung zu den Plänen von Verteidigungsminister Darabos unter jungen Österreicherinnen und Österreichern besonders hoch sind. 65 Prozent der 16- bis 25-Jährigen sprechen sich für ein Ende der Wehrpflicht aus, 70 Prozent sind der Meinung, dass ein Freiwilligenheer professioneller arbeitet als das derzeitige System. „Die Jungen sehen die Unsinnigkeit des Zwangsdienstes besonders deutlich“, kommentiert Rudas die Umfrage.

Abberufung notwendiger Schritt

Im Zuge der laufenden Debatte kam es auch zur Abberufung von Generalstabschef Edmund Entacher durch Verteidigungsminister Norbert Darabos. Als Generalstabschef war Entacher verantwortlich für die Ausarbeitung der sieben Heeres-Modelle, die dem Verteidigungsminister als Entscheidungsgrundlage dienten. In einem Interview mit dem Nachrichtenmagazin „profil“ hat sich Entacher dann vom Modell Freiwilligenheer und somit von seinen eigenen Bewertungen distanziert. Ein Durchgreifen von Seiten des Verteidigungsministers war daher unumgänglich. Generalleutnant Othmar Commenda wird interimistisch die Agenden des Generalstabschefs übernehmen. ♦

Die Diskussion rund um die Reform des Österreichischen Bundesheeres war in den letzten Tagen von Polemik, Unsachlichkeit und einem hohen Maß an Ignoranz geprägt. Der sachliche und vor allem ergebnisorientierte Diskurs über die Zukunft der österreichischen Landesverteidigung ist dabei leider auf der Strecke geblieben. Grund genug, sich nun wieder auf das Wesentliche zu konzentrieren und zur Sachlichkeit zurückzukehren. Der entscheidende Punkt wird derzeit nämlich nicht diskutiert: Es gibt kein vernünftiges Argument, das gegen ein Freiwilligenheer spricht. Vielmehr ist die Umstellung eine Notwendigkeit.

Geänderte sicherheitspolitische Lage

Die sicherheitspolitische Lage und die daraus resultierenden Herausforderungen für das Österreichische Bundesheer haben sich in den letzten Jahren radikal gewandelt. Der Katastrophenschutz, die Terrorbekämpfung und die Abwehr von Cyber-Attacken sowie das Engagement in friedenssichernden Einsätzen im Ausland haben die klassische Landesverteidigung als Hauptaufgabe des Bundesheeres abgelöst. „Ich

bin daher zur Überzeugung gelangt, dass ein Freiwilligenheer der beste Weg für Österreich ist“, so Verteidigungsminister Darabos. So sieht das auch Pensionistenverbandspräsident Karl Blecha: „Die Welt hat sich verändert, daher muss es auch Reformen geben.“

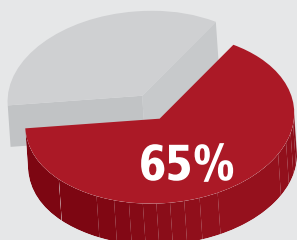
Freiwilligkeit statt Zwangsdienst

Zwangsrekrutierte Grundwehrdiener können diesen anspruchsvollen Aufgaben nicht gerecht werden. Die allgemeine Wehrpflicht hat sich also überlebt. Und dieser Tatsache wird überall in Europa Rechnung getragen, wie beispielsweise jüngst in Deutschland, wo die Wehrpflicht mit 1. Juni 2011 ausgesetzt wird. Was es zur Erfüllung dieser anspruchsvollen Aufgaben braucht, sind motivierte Profis, und genau darum geht es bei einem Freiwilligenheer. „Wir tauschen demotivierte Zwangsverpflichtete gegen gut ausgebildete Freiwillige“, streicht SPÖ-Bundesgeschäftsführerin Laura Rudas den entscheidenden Aspekt der Reform heraus. Für jeden vernünftig denkenden Menschen ist ersichtlich, dass damit eine Professionalisierung des Bundesheeres einhergeht. Ins selbe Horn stößt die SPÖ-Nationalratsabgeordnete

Freiwilligenheer auf einen Blick

In der Diskussion über die Zukunft des Bundesheeres sollen Argumente und Fakten wieder in den Vordergrund gestellt werden. Daher hier noch einmal die wichtigsten Zahlen und Fakten rund um das Freiwilligenheer.

Mehrheit für Ende der Wehrpflicht



65% der 16- bis 25-jährigen Österreicher sind für ein Aus der Wehrpflicht.

Quelle: SORA | Grafik: SPÖ

Warum soll es eine grundsätzliche Reform des Bundesheeres geben?

Die Herausforderungen für das österreichische Bundesheer haben sich gewandelt. Die klassische Landesverteidigung wurde abgelöst durch Aufgaben wie Katastrophenschutz, Terrorbekämpfung und friedenssichernde Auslandseinsätze.

Welche Vorteile hätte ein Freiwilligenheer?

Ein Freiwilligenheer könnte die Aufgaben des jetzigen Bundesheeres effizienter erfüllen – zu denselben Kosten, aber eben ohne Zwang für zehntausende junge Männer.

Wird ein Freiwilligenheer teurer als das jetzige Heer?

Ein Freiwilligenheer mit starker Milizkomponente wird etwa dasselbe kosten wie das derzeitige Bundesheer, nämlich rund 2,18 Mrd. Euro pro Jahr. Ein Freiwilligenheer ist schlanker und effizienter.

Ab wann wird es das Freiwilligenheer geben?

Der Zeitplan von Verteidigungsminister Norbert Darabos sieht vor, dass nach einer breiten Diskussion und Befragung der Bevölkerung die Wehrpflicht ab dem Jahr 2012 ausgesetzt werden kann.

Was sagen die Österreicher zu einem Freiwilligenheer?

Die Bevölkerung steht hinter den Reformplänen. Bei einer Umfrage des Gallup-Instituts haben sich 60 Prozent der Befragten für das Darabos-Modell eines Freiwilligenheeres ausgesprochen. Besonders hoch ist die Zustimmung unter den Jungen. Laut SORA sind 65 Prozent der 16- bis 25-Jährigen für ein Ende der Wehrpflicht.

Ist garantiert, dass der Katastrophenschutz weiter funktioniert?

Ja. Auch das Freiwilligenheer wird in Zukunft mindestens 10.000 Soldatinnen und Soldaten für den Katastrophenschutz bereitstellen können. Auch werden weiterhin rund 1.000 Personen für internationale Friedenseinsätze zu Verfügung stehen. Für Zeitsoldaten, die sich für Auslandseinsätze ver-

pflchten müssen, wird es spezielle Prämien geben.

Wer macht künftig die Arbeit tausender Zivildienster?

Bei Abschaffung der Wehrpflicht fällt auch der Zivildienst. Um die Aufgaben der Zivildienster sollen sich künftig Freiwillige kümmern, die dafür angemessen entlohnt werden. Diese Tätigkeiten sollen auf Soziales und Gesundheit beschränkt werden. Das Sozialjahr steht Männern und Frauen offen. Und: Freiwillige, nach Kollektivvertrag entlohnte Beschäftigte arbeiten effizienter und qualitätsvoller.

Weitere Informationen

Alle Infos zum Zukunftsmodell Freiwilligenheer gibt es unter www.freiwilligenheer.spoe.at

ZUM THEMA

Freiwilligenheer (NEU)

Kosten: 2,18 Mrd. Euro pro Jahr

Grundwehrdiener: keine

Berufssoldaten: 8.500

Zeitsoldaten: 5.500

Zivilbedienstete: 9.000

Profi-Miliz:

1. 10.000, üabend, bekommen 5.000 Euro Aufwandsentschädigung pro Jahr;
2. 23.000 nicht üabend, für „Worst Case“-Fälle

Soldaten im Auslandseinsatz:

1.000 pro Jahr

Mit diesem Modell könnten alle derzeit vorstellbaren Einsätze im In- und im Ausland erfüllt werden. Assistenz Einsätze zur Katastrophenhilfe und zur sicherheitspolizeilichen Assistenz sind sichergestellt. Die Luftraumüberwachung wird ebenfalls sichergestellt.

Wehrpflichtigenheer (ALT)

Kosten: 2,18 Mrd. Euro pro Jahr

Grundwehrdiener: 24.000 pro Jahr (50% Systemerhalter)

Berufssoldaten: 13.000

Zeitsoldaten: 1.800

Zivilbedienstete: 7.000

Freiwilligen-Miliz:

ca. 30.000, nicht üabend, kein Aufwandsersatz

Soldaten im Auslandseinsatz:

1.000 pro Jahr

Derzeit werden Assistenz Einsätze zur Katastrophenhilfe und zur sicherheitspolizeilichen Assistenz geleistet. Die Luftraumüberwachung wird sichergestellt.

KREISKY JAHR 2011

Großer Festakt für Bruno Kreisky

Rund 600 Gäste würdigten auf Einladung von Bundeskanzler Werner Faymann bei einem Festakt den 100. Geburtstag Bruno Kreiskys.



Lehmann

Zahlreiche Gäste aus dem In- und Ausland nahmen auf Einladung von Bundeskanzler Faymann am Festakt für Bruno Kreisky teil. Faymann würdigte Kreisky in seiner Rede als die bedeutendste politische Persönlichkeit der Zweiten Republik.

Bundeskanzler Faymann strich in seiner Rede besonders den Reformeffekt Kreiskys hervor: Dieser habe in allen Gesellschaftsbereichen – vom Familien- und Strafrecht über Bildung, Wissenschaft, Kultur bis zu Landesverteidigung und Rundfunk – maßgebliche Fortschritte

gebracht. Es gelte daher, Kreiskys Erbe zu bewahren und weiterzuentwickeln, so Faymann. Der Einladung von Bundeskanzler Werner Faymann zum großen Festakt der Republik für Bruno Kreisky waren rund 600 Gäste gefolgt. Darunter fanden sich Bundespräsident Heinz Fischer und die ge-

samte SPÖ-Ministerriege genauso wie Familienmitglieder und Wegbegleiter Bruno Kreiskys. Aber auch internationale Gäste wie Spaniens früherer Ministerpräsident Felipe Gonzáles sowie Finnlands ehemaliger Premier Paavo Lipponen waren beim Festakt in der Wiener Hofburg vertreten. ♦

MITTLERE REIFE

Wichtige Orientierung für Bildungsweg

SPÖ und ÖVP haben sich auf die „Mittlere Reife“ geeinigt. Ziel ist ein österreichweit gleichwertiger Abschluss der achten Schulstufe, den es 2020 erstmals geben wird.

Bildungsministerin Claudia Schmied hat von Anfang an klargestellt, dass die von der ÖVP in ihrem Bildungskonzept vorgesehene so genannte „Mittlere Reife“ – dieser Begriff ist derzeit noch Arbeitstitel – keine Hürde für Schülerinnen und Schüler sein darf. Mit der Einigung über wichtige Eckpunkte der Mittleren Reife ist nun klargestellt, dass diese keine punktuelle Prüfung sein wird. Vielmehr geht es um ein aussagekräftiges Zeugnis mit verbalen Ergänzungen zu den Stärken der Schüler, das auch das Portfolio über die Schwerpunktfächer berücksichtigt und Kompetenzniveaus (Bildungsstandards) abbildet. Außerdem ist geplant, dass auch die Bildungs- und Berufsberatung im neu-

en Abschlusszeugnis der AHS-Unterstufe oder der Neuen Mittelschule (NMS) dokumentiert wird.

Dieses Abschlusszeugnis ist für alle Schüler mit Ende der achten Schulstufe eine wichtige Entscheidungsbasis für den weiteren Berufs- und Bildungsweg. „Mir ist wichtig, dass die Bildungswegentscheidung durch die Neue Mittelschule, die AHS-Unterstufe und die Mittlere Reife erst im Alter von 14 Jahren getroffen wird“, so Schmied in einem „Presse“-Interview. Erstmals wird es die neuen Abschlusszeugnisse für die vierte Klasse der AHS bzw. NMS im Jahr 2020 geben. Voraussetzung ist nämlich die flächendeckende Umstellung auf die Neue Mittelschule, die

mindestens bis 2016 dauert. Denn Qualität geht vor Tempo. ♦



Fotolia

Keine Hürde für die Schüler, keine punktuelle Prüfung: Die „Mittlere Reife“ als Abschlusszeugnis der NMS und AHS-Unterstufe.

IKT-FORSCHUNG

Österreich bei Standorten EU-Spitze

Österreich ist unter den Top 3 der europäischen Forschungsstandorte für Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) – mit einer überaus erfolgreichen Industrie und starken Forschungspartnern.

„Die Forschungsausgaben von heute sind die Arbeitsplätze von morgen.“

Infrastrukturministerin Doris Bures

IKT sind ein fixer Bestandteil unseres Lebens von der U-Bahn über Ampelanlagen bis hin zu Handys, mit denen man unterwegs ins Internet einsteigt. Infrastrukturministerin Doris Bures zur vom BMVIT massiv geförderten IKT-Branche: „Die Wahrscheinlichkeit ist sehr hoch, dass viele dieser Hochtechnologieanwendungen von österreichischen Unternehmen und Forschungseinrichtungen entwickelt wurden – und dass sie dabei von der Forschungsförderung des BMVIT kräftig unterstützt wurden.“ Ein Beispiel für die ra-

sante Entwicklung der Technologie: Moderne Autos haben mehr Rechenleistung als das Raumfahrzeug Apollo 14.

Seit acht Jahren gibt es FIT-IT, das IT-Förderprogramm des BMVIT – und die Bilanz ist sehr positiv. In diesem Zeitraum wurden 100 Millionen Euro investiert, die ein Investitionsvolumen von 175 Millionen Euro ausgelöst haben. Die IKT ist für den Wirtschaftsstandort Österreich und für qualitativ hochwertige Arbeitsplätze von großer Bedeutung.

Neben der Leitindustrie wird auch besonderes Augenmerk auf KMU gelegt: „Unser klares Ziel lautet, jährlich 400 bis 500 zusätzliche KMU für die Forschung und Entwicklung zu gewinnen“, betont Bures. 2011 stehen für die angewandte Forschung 420 Mio. Euro Budget zur Verfügung – das sind 20 Mio. mehr als im Vorjahr.

picturedesk



Infrastrukturministerin Doris Bures mit Monika Kircher-Kohl und Georg Kapsch vom Fachverband der Elektro- und Elektronikindustrie (FEEL).

SPORT

Servicestelle Wintersportwochen präsentiert

Eine gemeinsame Initiative von Sport, Schule und Wirtschaft soll Schülerinnen und Schüler auf die Pisten bringen.

Die Aufgabe der von Sportminister Norbert Darabos und Bildungsministerin Claudia Schmied ins Leben gerufenen Servicestelle ist die Vernetzung von Schulen und Wintersport-Anbietern, um Wintersportwochen attraktiver zu machen. Durch die Zusammenarbeit aller relevanten Player in diesem Bereich gibt es die Möglichkeit, gezielt den Gedanken der Wintersportwochen zu bewerben und unsere Jugend zu mehr Bewegung und Sport zu motivieren, so Darabos und Schmied. Mit an Bord sind auch die Wirtschaftskammer und der Österreichische Ski-Verband.



Bilderbox

Im Internet findet sich die Servicestelle Wintersportwochen unter www.wispowo.at

FRAUEN

Transparente Einkommen bringen mehr Gerechtigkeit

Das Gleichbehandlungsgesetz, in dem die Einkommenstransparenz festgeschrieben ist, wurde vom Parlament beschlossen.

In Österreich besteht eine deutliche Einkommensschere von 18 Prozent. SPÖ-Frauen- und Gleichbehandlungssprecherin Gisela Wurm wertet die letzte Woche im Parlamentsplenum beschlossene Einkommenstransparenz daher als „Meilenstein“, der zu mehr Einkommensgerechtigkeit führen wird. „Unser Ziel ist eine Einkommensschere von null Prozent – und wir werden es erreichen“, so Wurm. Österreich nimmt mit dem vorliegenden Gesetz, das mit März dieses Jahres in Kraft tritt, bei der Verankerung der Einkommenstransparenz neben Schweden eine Vorreiterrolle ein. Das zur Beschlussfassung stehende Modell der Einkommenstransparenz hat auch international Beachtung gefunden. So gibt es laut Sozialminister Rudolf Hundstorfer etwa Anfragen der Sozialpartner aus Deutschland.



Kaufmann

Frauensprecherin Gisela Wurm: Ein Meilenstein zu mehr Einkommensgerechtigkeit wurde beschlossen.

Politik der guten Nachbarschaft in Zeiten des Kalten Krieges



Bruno Kreisky verband mit seiner engagierten Nachbarschaftspolitik österreichische Eigeninteressen mit den Bemühungen um eine Entspannung des Ost-West-Verhältnisses.

„Da die Sowjetunion zu groß für uns ist und der Versuch, die Beziehungen zu ihr allzu sehr zu intensivieren, gefährlich für uns werden kann, müssen wir diesen Mangel kompensieren durch ein freundschaftliches Verhältnis zu den Verbündeten der Sowjetunion.“

Bruno Kreisky in seinen Memoiren

Die „Immerwährende Neutralität“ Österreichs war die Basis der außenpolitischen Aktivitäten Bruno Kreiskys. Damit verbunden war auch die Verpflichtung Österreichs, keinen politischen oder militärischen Organisationen beizutreten, die dem Status als neutraler Staat zuwiderlaufen. Der Beitritt Österreichs zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) war daher nicht möglich – auch wegen des im Staatsvertrag festgeschriebenen Anschlussverbots. Diese sowjetische Nachkriegsdoktrin, mit dem Ziel, eine Stärkung deutscher wirtschaftlicher Kapazitäten zu verhindern, blieb bis in die späten Achtzigerjahre gültig. Österreich stand vor der Herausforderung, weder auf die wirtschaftlichen Vorteile einer westeuropäischen Integration verzichten zu müssen, noch die Sowjetunion zu provozieren. Während Kreisky bereits 1958 seine Präferenz für einen wirtschaftlichen Zusammenschluss der neutralen Staaten in einem Artikel für die katholische „Furche“ darlegte, drängten Gewerkschafter und Arbeiterkammerer in Richtung EWG-Beitritt. 1959 warsich der SPÖ-Vorstand einig, einen Beitritt zur erst noch zu gründenden EFTA (European Free Trade Association) zu unterstützen, der schließlich 1960 erfolgte. Österreich war EFTA-Gründungsmitglied und blieb es bis zum EU-Beitritt 1995.

IM NÄCHSTEN HEFT

Der Nord-Süd-Dialog und die Blockfreien.



Helmut Schmidt, Erich Honecker, Gerald Ford und Bruno Kreisky unterzeichnen das KSZE-Abschlussdokument.

Das Suchen nach Lücken im Eisernen Vorhang

„Kreisky, wenngleich überzeugter Antikommunist, kämpfte leidenschaftlich gegen die fatalistische Sicht der Sechziger Jahre, der Kalte Krieg und die europäische Integration hätten Europa entlang des Eisernen Vorhangs endgültig geteilt“, konstatiert der Historiker Oliver Rathkolb. Kreisky versuchte sehr erfolgreich, die geographische Position Österreichs in unmittelbarer Nachbarschaft zu Ostblockstaaten zu nutzen, um eine aktive Entspannungspolitik zu fahren. Er behandelte dabei die osteuropäischen Nachbarstaaten, zu denen er aufgrund historischer Gegebenheiten etwa auch Polen und Rumänien hinzuzählte, individuell und nicht als bloße Satellitenstaaten der Sowjetunion. „Man musste nach kleinen Lücken im Eisernen Vorhang suchen, wo westliches Gedankengut einströmen könnte“, erläutert der damalige Kabinettschef Kreiskys und spätere Außenminister Peter Jankowitsch. Allerdings pflegte Bruno Kreisky auch zu den Sowjet-Vertretern ausgezeichnete Kontakte. Durch diese vielfältigen Beziehungen und nicht zuletzt aufgrund der Freundschaft zum deutschen Bundeskanzler Willy Brandt

konnte Kreisky zum Gelingen des KSZE-Prozesses (Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) beitragen. Die Schlussakte von Helsinki, die am 1. August 1975 von Bruno Kreisky mit unterzeichnet wurde, hatte das Ziel, dem Ost- und Westblock in Europa zu einem geregelten Miteinander zu verhelfen.

Das Südtirol-Engagement

Ein wichtiges nachbarschaftspolitisches Thema fern der Ost-West-Problematik soll hier ebenfalls zur Sprache kommen: die Südtirol-Frage. „Kreisky war gewiss der engagierteste und erfolgreichste Südtirol-Verhandler, den es je gab“, streut der nicht gerade als Kreisky-Fan bekannte ehemalige ORF-Generalintendant Gerd Bacher auch heute noch dem damaligen Außenminister Rosen. Kreisky musste erst bei der UNO um Unterstützung dafür werben, dass die Verhandlungen mit Italien wieder aufgenommen werden und Österreich als Schutzmacht die Autonomie-Verhandlungen führt – was ihm gelang. Ebenso ist ihm anzurechnen, dass er essenziell dazu beitrug, dass die deutschsprachigen Südtiroler heute zu den am besten abgesicherten europäischen Volksgruppen gehören. ♦

Biografie

Berlin, Boheme und Ringelnatz

Als Berlin zwischen 1919 und 1932 zur Weltstadt wird, feiert Renée Sintenis ihre größten Erfolge. Silke Kettelhake zeichnet ein intimes Porträt über die Frau, die den Berliner Bären schuf.

Zwischen den beiden Weltkriegen zeigte sich Berlin als eine Stadt voll Glanz und Ekstase. Die Plastiken von Renée Sintenis (1888–1965) schmückten die Wohnungen des Großbürgertums und die wichtigsten Galerien der Welt. Sie pflegte Kontakt zu Barlach, Benn, Gide, Rilke, Asta Nielsen und vielen mehr. Joachim Ringelnatz, dem „Versvagabunden“, verhalf sie zu nachhaltiger Anerkennung als Maler. Mit ihm lebte sie eine Freund-

schaft, die sich um gängige Rollen- und Geschlechterzuschreibungen nicht scherte. 1934 wurde sie als „nichtarisch“ aus der Akademie der Künste ausgeschlossen und überlebte den Krieg in den Ruinen ihres Hauses, in dem sie ergreifende „Trümmerbriefe“ schrieb. In dieser ersten Biografie über die große Künstlerin lässt Silke Kettelhake eine Vielzahl von Originalzeugnissen einfließen. ◆

Zusammenleben

Zu bunt?

Die Politikwissenschaftlerin Barbara Serloth stellt sich den Fragen, wie viel Einheit und wie viel Vielfalt Demokratien vertragen und wie viel Toleranz und Abgrenzung sie brauchen.

Integration, Migration, Identität sind derzeit bestimmende Schlagworte in der politischen und politologischen Debatte. Sie sind Teil der Auseinandersetzung, wie sich die modernen europäischen Demokratien definieren und verstehen wollen. Wie wollen oder sollen europäische Demokratien mit Sub-, Parallel-, und Hybridkulturen umgehen? Barbara Serloth beleuchtet aktuelle Fragen zu Toleranz und Abgrenzung in modernen

Demokratien. Auf Grundlage eines zeitangepassten Vertragsdenkens und offenen Nationenbegriffs kommt sie dabei zu dem Schluss, dass Demokratien als eine Regierungsform der Gemeinschaft der Gleichen auf Dauer nur dann funktionieren können, wenn alle Gesellschaftsmitglieder einen gemeinsamen Normen- und Wertekatalog akzeptieren und sich gegenseitig mit Toleranz und Akzeptanz begegnen. ◆

Biografie

Der große Illusionist Otto Bauer

Ernst Hanisch liefert die erste wissenschaftliche Biografie über Otto Bauer, den führenden Theoretiker des Austromarxismus und großen Polit-Intellektuellen.

Otto Bauers Traum vom Sozialismus ist zwar geplatzt, aber die Frage nach einer gerechteren Gesellschaft ist heute, am Anfang des 21. Jahrhunderts, aktueller denn je. Was können wir noch heute aus der Lebensgeschichte des Polit-Intellektuellen lernen? Otto Bauer verband höchste Intelligenz und eine scharfe Analysefähigkeit auf vielen Gebieten mit der Hoffnung auf eine bessere Zukunft der Menschheit. Ernst Hanisch, Professor für Neuere Österreichische Ge-

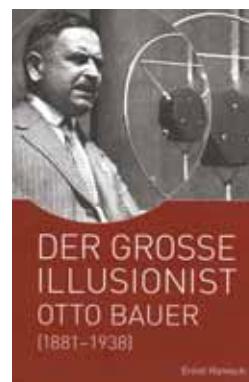
schichte an der Universität Salzburg, zeichnet das Bild eines bescheidenen Menschen, der in kritischen Situationen vor der Macht scheute. Als brillanter Rhetoriker und Theoretiker hat der große Sozialdemokrat Otto Bauer die Geschichte der Ersten Republik maßgeblich geprägt. Rund 70 Jahre nach dem Tod des bedeutenden Austromarxisten werden die Licht- und Schattenseiten der politischen Persönlichkeit erstmals umfassend analysiert. ◆

☐ Stk.


Silke Kettelhake:
Renée Sintenis – Berlin, Boheme und Ringelnatz
Osburg Verlag, Berlin 2010
480 S., 25,60 €

☐ Stk.


Barbara Serloth:
Zu bunt? Über nationalstaatliche Demokratie im entgrenzten Zeitalter
Studien Verlag, Innsbruck
2010; 142 S., 19,90 €

☐ Stk.


Ernst Hanisch:
Der große Illusionist Otto Bauer (1881-1938)
Böhlau Verlag, Wien 2011
478 S., 39,00 €

Unterschrift:

Adresse:

Name:

In der **Buchhandlung Löwelstraße****1014 Wien, Löwelstraße 18**

Tel: 01/534 27/323 od. 343, Fax: 01/534 27/324, E-Mail: Buchhandlung@spoe.at

Bitte Bestellschein ausfüllen, gewünschte Bücher ankreuzen, abtrennen, einsenden, faxen oder einfach per E-Mail bestellen!



WIEN

Bildung ist Schwerpunkt 2011



Wien widmet sich 2011 verstärkt dem Thema Bildung und investiert heuer massiv in den Ausbau von Kindergärten und Schulen.

„Uns ist bewusst, dass der Bedarf an Kindergarten- und Schulplätzen in Wien im Steigen begriffen ist“, betont Bildungstadtrat Christian Oxonitsch. Dies sei nicht zuletzt auf eine in Wien kontinuierlich steigende Geburtenrate zurückzuführen. „Dadurch ist in der Folge auch die Schaffung von neuen Schulplätzen dringend notwendig“, so Oxonitsch weiter. Wien wendet daher allein in diesem Jahr 17 Mio. Euro für die Erweiterung von Schulen auf, dazu kommen 55 Mio. Euro für Schulsanierungen und 90 Mio. Euro, die in Neubauprojekten investiert werden.

In den Mittelpunkt gerückt werden soll dabei die Neue Mittelschule, die in Wien

von Schülern und Eltern sehr gut angenommen wird. „Deshalb ist es unser Ziel, diese Schulform möglichst allen Kindern zur Verfügung zu stellen und auch neue AHS-Standorte als Mittelschulen zu führen“, betont Oxonitsch. Um Eltern und Kindern ein noch besseres Betreuungsangebot zu bieten, starten im Herbst 2011 außerdem weitere Ganztagsvolksschulen mit verschränkten Unterrichts- und Freizeiteinheiten. Zudem werden 6,7 Mio. Euro in die Schaffung von 2.100 neuen Kinderbetreuungsplätzen in allen Bezirken investiert.

Leseförderung im Mittelpunkt

Wien setzt beim Thema Bildung auch auf die Leseförderung: Der Startschuss für das Projekt „LesepatInnen“, bei dem Senioren ehrenamtlich an Schulen mit Kindern das Lesen üben, war bereits vor Weihnachten gefallen. Mittlerweile ha-



Fotolia

Derzeit gibt es in Wien 21 Neue Mittelschulen. Die Stadt will das Angebot deutlich ausbauen.

ben sich über 100 Freiwillige gemeldet. „Je früher und nachhaltiger wir die Lesesebegeisterung bei Kindern wecken, desto besser die Voraussetzungen für ein lebenslanges Lernen“, so Oxonitsch. ♦

ÖSTERREICH 2020

Chancen und Risiken sozialer Netzwerke



Die SPÖ-Abgeordneten Elisabeth Hakel, Otto Pendl und Johann Maier diskutierten über die Herausforderung sozialer Netzwerke.

„Herausforderungen sozialer Netzwerke“ – dieses brandaktuelle Thema stand kürzlich im Zentrum einer „Österreich 2020“-Klub-enquete.

„Soziale Netzwerke wie Facebook bringen Vorteile, aber bergen auch eine Menge an Risiken, die Trennung von Privatsphäre und Öffentlichkeit betreffend. Damit muss sich die Politik auseinandersetzen“, so SPÖ-Sicherheitssprecher Otto Pendl in seinen Begrüßungsworten. Es folgten Vorträge von den Me-

dienexperten Jana Herwig zu „Politik trifft Jugend im Netz: Von Missverständnissen und Generationsklüften“ und Bernhard Jungwirth zu „Chancen und Gefahren von Online Communities“. Die Internetnutzung im Dienst der Politik analysierte SPÖ-Creative Industries-Sprecherin Elisabeth Hakel. „Wichtig ist ein selbstbestimmter Zugang zu den Netzwerken, Jugendliche auf die Gefahren hinweisen und sich gut zu überlegen, wie und was man kommunizieren möchte“, so Hakel.

„Charta der digitalen Rechte“

SPÖ-Konsumentenschutzsprecher und Datenschutzratsvorsitzender Johann Maier fordert ein „Ablaufdatum“ für die persönlichen Daten von Web 2.0-Usern „und die Möglichkeit, diese selbst vollständig löschen zu können.“ Außerdem müssen vor allem die urheberrechtlichen



Konfliktfälle geklärt und die Schleicherwerbung in sozialen Netzwerken abgestellt werden. Maier fordert daher eine „Charta der digitalen Rechte“, in der neben datenschutzrechtlichen Bestimmungen auch eindeutige Konsumentenrechte formuliert sind. „In der digitalen Welt muss es starke Konsumentenrechte geben, die nicht nur national, sondern auch global anerkannt und durchgesetzt werden“, betonte der SPÖ-Konsumentenschutzsprecher. ♦

WEBTIPP

Eine ausführliche Video-Dokumentation zu dieser Veranstaltung unter:
www.oe2020.at

STEIERMARK

Neue Dimension politischer Bildung



In Retzhof bei Leibnitz startete vor kurzem die erste Landesfrauenakademie.

Gegründet wurde die steirische Landesfrauenakademie auf Initiative von LRin Elisabeth Grossmann, Landesvorsitzende der SPÖ-Frauen, und LAbg. Hannes Schwarz, Landesbildungsvorsitzender der SPÖ Steiermark. Die Idee: interessierte und engagierte Frauen in politischer Kommunikation und politischem Management auf hohem Niveau zu schulen. In einem eineinhalbjährigen Lehrgang, der vom Renner-Institut und der Landesfrauenorganisation entwickelt und veranstaltet wird, werden in acht verschiedenen Modulen u.a. verschiedene Kommunikationstechniken vermittelt, Projekte erarbeitet, aber auch die individuellen Persönlichkeitsprofile der Teilnehmerinnen geschärft. „Diese Akademie verwirklicht unser neues Konzept der politischen Bildung: gezielte, aufeinander

abgestimmte Ausbildungsinhalte, begleitet durch Top-Trainerinnen und Trainer und einem erfahrenen Projektteam“, erläutert Schwarz. Politisches Engagement erfordert beste persönliche Qualifikation, so der Landesbildungsvorsitzende weiter. „Diese erreichen wir nun mit diesen neuen, innovativen Zugängen.“

Hohes Anforderungsprofil

In einem mehrstufigen Auswahlverfahren wurden besonders engagierte Frauen aus der ganzen Steiermark ausgewählt, die nun die neue Landesfrauenakademie besuchen. „Wir haben hier hohe Anforderungen an die Frauen“, so Landesrätin Grossmann, die betont, dass es bei diesem Pilotprojekt besonders wichtig war, die neue Form der Ausbildung im Bereich der Frauenorganisation umzusetzen. Viele Frauen stünden vor der Herausforderung, Beruf, politisches Engagement und Privatleben unter einen Hut zu bringen.



Spiola, SPÖ

LRin Elisabeth Grossmann, Landesvorsitzende der SPÖ-Frauen, und LAbg. Hannes Schwarz, Landesbildungsvorsitzender der SPÖ Steiermark, initiierten die Landesfrauenakademie.

Mit der SPÖ-Frauenakademie wolle man diesen Frauen nicht zuletzt zwei Botschaften vermitteln: „Es ist erstens möglich und es zahlt sich zweitens aus, sich für die eigenen Anliegen in der Gesellschaft zu engagieren. Frauenanliegen sind in der SPÖ ein zentrales Thema der Grundsatz- und Tagespolitik“, so die Landesrätin. ♦

STEIERMARK

Dringender Reformbedarf in der Landwirtschaft



SPÖ-Abgeordneter Josef Muchitsch appelliert vor den Landwirtschaftskammerwahlen am 30. Jänner an die ÖVP, notwendige Landwirtschaftsreformen nicht länger zu blockieren.

Muchitsch, Mitglied im Landwirtschaftsausschuss des Parlaments, fordert die ÖVP-Bauernvertreter auf, die Blockade gegen notwendige Gesetzesänderungen für eine neustrukturierte und überlebensfähige Landwirtschaft aufzugeben. Handlungsbedarf zeige sich etwa in der Schweineproduktion. „Da werden über zwei Millionen Schweine nach Österreich importiert, obwohl es keinerlei Bedarf gibt, nur des Geschäftemachens willen. Parallel dazu kämpfen klein- und mittelstrukturierte Landwirtschaften täglich um ihre Existenz“, so Muchitsch. Gemeinden sollen in Zukunft entscheiden können, ob im Freiland mittels Sondernutzung Tierhaltungsbetriebe errichtet werden dürfen, fordert Muchitsch. ♦



Weingartner

Die österreichische Landwirtschaft muss dringend reformiert werden, meint SPÖ-Abgeordneter Josef Muchitsch.

NATURFREUNDE

Kostenlose Freizeitpartnerbörse



Gemeinsam statt einsam: Mit der Freizeitpartnerbörse finden Naturfreunde ihren idealen Freizeitpartner.

Die Freizeitpartnerbörse der Naturfreunde macht Schluss mit einsamen Wochenenden. Die Börse richtet sich an unternehmungslustige, natur- und bergbegeisterte Menschen jeden Alters, die ihre Freizeit sinnvoll gestalten möchten – und das am besten mit Gleichgesinnten. Die Freizeitpartnerbörse bietet gleich mehrere Möglichkeiten:

Man kann selbst kostenlos eine Anzeige schalten oder man durchstöbert die Inserate entweder österreich- oder bundeslandweit oder nach Interessensgebieten (z.B. Laufen, Mountainbiken). Mehr zu Freizeitpartnerbörse gibt es unter www.naturfreunde.at ♦



Naturfreunde

Zu zweit statt allein: So macht die Freizeit gleich doppelt so viel Spaß.



SPÖ 00

Blogger aller Länder...?

Ansatzpunkte für eine progressive Netzpolitik der SPÖ, skizziert von der SPÖ-Kultursprecherin.

„Unsere sozialdemokratischen Grundwerte Gleichheit, Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität harren in weiten Teilen noch ihrer Aktualisierung in der digitalisierten Welt.“

Man muss nicht Facebook-Freak sein oder ständig twittern, um zu wissen, dass das Internet aus unserem Alltag nicht mehr wegzudenken ist. E-mails, Internetportale wie Youtube oder Blogs vereinfachen, verändern und beschleunigen die Art und Weise, wie Menschen kommunizieren und sie Ideen und Anliegen (mit)teilen. Die digitale Welt schafft Möglichkeiten, das Zusammenleben unkomplizierter und facettenreicher zu gestalten. Nie war es einfacher, Menschen und ihr Wissen zusammenzubringen und zu vernetzen. Aber gilt das auch für alle? Wo und für wen entstehen Barrieren? Das sind Fragestellungen, die uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten beschäftigen müssen.

Zugang

Im 21. Jahrhundert bekommt die Anbindung ans Internet zentrale Bedeutung, weil erst der Zugang neue Formen der Teilhabe und Teilnahme ermöglicht. Daher muss der öffentliche Versorgungsauftrag neu formuliert werden. So wie Kommunen die Mobilitätsnetze von Straße, Schiene und Telefon oder Anschlüsse an Strom, Heizung und Kanal garantieren, müsste auch die Versorgungssicherheit mit leistbarem Breitbandinternet zur Aufgabe der öffentlichen Hand gehören.

Demokratie

Menschen nutzen Twitter, Facebook und andere Plattformen auch für demokratische Mitbestimmung und öffentliche Einmischung. Das Netz ermöglicht Menschen ohne Lobby, Geld und Medien, ihr Anliegen



Fotolia

Die Versorgungssicherheit mit leistbarem Breitbandinternet müsste zur selbstverständlichen Aufgabe der öffentlichen Hand gehören.

zum Thema der öffentlichen Auseinandersetzung zu machen. Das Internet kann zur Vielstimmigkeit beitragen, wenn keine neue – digitale – Kluft oder ein Wettrennen entsteht, wo immer die Fittesten im Umgang mit dem Web 2.0 als Erste ins Ziel gehen.

Öffnung

Die Fortschritte der Digitalisierung bleiben ungenutzt, wenn wir nicht den breiten Zugang und die Öffnung von Archiven und Bibliotheken, aber auch zu Regierungsdaten (wie Geodaten, Bebauungspläne, amtliche Statistiken), ermöglichen. Öffentlich finanziertes Wissen soll nutzbar und zugänglich gemacht werden.

Kreativität

Kulturelles Schaffen hat sich im Zeitalter von Web 2.0 verändert, die rechtliche Situation allerdings nicht. „Wenn sich jeder an das Urheberrecht hielte, würde es moderne Kreativität nicht geben. Die heutige ‚Remix Culture‘ basiert mehr denn je auf der Basis vorher bestehender Schöpfungen“, so der deutsche Urheberrechtsexperte Till Kreutzer bei der SPÖ-Klubenchefin „Neue Netzpolitik“. „Alte Kulturtechniken werden weiterentwickelt und gänzlich neue entstehen“, stellt Kreutzer fest und schlägt eine „Fair

Use“- Regelung wie in den USA vor. Diese gestattet die Verwendung von urheberrechtlich geschütztem Material ohne Zustimmung, wenn es um nichtkommerzielle Bearbeitung geht, der Bildung oder der künstlerischen Auseinandersetzung dient.

Das ist ein interessanter Gedanke. Ein modernes Urheberrecht würde sich so weniger auf die Frage geistiger Eigentumsrechte konzentrieren, sondern darauf, wie Kreativität gefördert wird. Die völlig ungenügende Honorierung kreativer Leistungen ist keine Frage des Urheberrechts, sondern des – noch ausstehenden – Urhebervertragsrechts und des allgemeinen sozioökonomischen Umfelds. Ein Urheberrecht mit 70-jähriger Schutzfrist nützt jedenfalls der Künstlerin oder dem Künstler nicht, wohl aber dem Verwerter.

Der Bogen zum Thema Netzpolitik ist weit gespannt. Unsere sozialdemokratischen Grundwerte Gleichheit, Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität harren in weiten Teilen noch ihrer Aktualisierung in der digitalisierten Welt. Wir sind gefordert, die digitale Revolution demokratisch zu gestalten – eine spannende und lohnende Aufgabe! ♦

Sonja Ablinger ist seit 1996 Nationalratsabgeordnete und seit 2009 SPÖ-Kultursprecherin.

TERMINKALENDER

23. 1. – 29. 7.

Ausstellung

Anlässlich von Bruno Kreiskys 100. Geburtstag präsentiert das MAK 49 Porträtfotografien des legendären Politikers. Die Aufnahmen des Fotografen Konrad Rufus Müller aus den Jahren 1980 bis 1989 dokumentieren Kreiskys diplomatische Auslandsmissionen ebenso wie seine Urlaube auf Mallorca aus nächster Nähe. Mehr als ein lückenloser Report sind sie Zeugnis einer freundschaftlichen Verbundenheit. Dem „Kanzlerfotografen“ Konrad Rufus Müller gelang es, intime Momente einer beeindruckenden Persönlichkeit festzuhalten.

MAK-Kunstblättersaal,
Stubenring 5, 1010 Wien

Dienstag, 1. 2.

Podiumsdiskussion

Die Österreichische Gesellschaft für Kulturpolitik lädt zu einer Podiumsdiskussion zum Thema „Kultur für wen? Strategien zur Förderung kultureller Teilhabe“. Die Begrüßung übernimmt Josef Kirchberger, Präsident der Österreichischen Gesellschaft für Kulturpolitik. Nach einer Keynote von Norbert Sievers, dem Geschäftsführer der Deutschen Kulturpolitischen Gesellschaft e.V., diskutieren mit ihm Sonja Ablinger (SPÖ-Kultursprecherin), Ülkü Akbaba (Regisseurin, Theater und Medienwissenschaftlerin), Gabi Gerbasits (IG Kultur) und Hilde Hawlicek (Bundesministerin a.D.). Durch den Abend führt Michael Wimmer (Educult).

Beginn: 18 Uhr
Der Raum, IG-Architektur (Ecklokal),
Gumpendorferstraße 63 b, 1060 Wien



Fotolia

Die SPÖ gedenkt der Opfer des
12. Februar 1934.

Freitag, 11. 2.

Gedenkveranstaltung

Die Wiener SPÖ-Bildung, der Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer/innen, die Sozialistische Jugend Wien und die SPÖ Floridsdorf laden ein zum Gedenken an die Opfer des 12. Februar 1934. Nach der Begrüßung durch den Vorsitzenden des Bundes Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer/innen, Nationalrat a.D. Ernst Nedwed und den Wiener Gemeinderat Ernst Woller folgen Gedenkreden von Michael Häupl, Bürgermeister der Stadt Wien, und dem Wiener Stadtrat Michael Ludwig. Nach der Gedenkundgebung lädt die Sozialistische Jugend Wien zu einem „ArbeiterInnenlieder-Singen“ in das Karl-Seitz-Zentrum ein.

Beginn: 18 Uhr
Karl-Seitz-Hof,
Jedleseer Straße 66-94, 1210 Wien

Samstag, 12. 2.

Symposium

Das 19. Josef Hindels-Symposium steht anlässlich des 100. Geburtstags von Bruno Kreisky unter dem Motto „Kreiskys Friedenspolitik – gilt gestern noch heute?“. Nach der Begrüßung durch den Wiener Gemeinderat Ernst Woller folgt eine Keynote des ehemaligen Bundesministers Erwin Lanc zum Thema „Kreiskys Friedensinitiativen und internationale Politik heute“. Im Anschluss an die Keynote diskutieren am Podium: Erwin Lanc, Stefan Schennach (Mitglied des Bundesrates) und Thomas Roithner (Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung). Weitere Informationen: bernd.herger@spw.at bzw. 01/534 27 385. Dauer: 9 Uhr bis ca. 13 Uhr, anschließend wird zu einem Buffet geladen.

Wiener SPÖ-Bildungszentrum,
Praterstraße 25, 1020 Wien

IMPRESSUM

Medieninhaber und Herausgeber:
SPÖ, 1014 Wien, Löwelstraße 18,
Chefredakteur: Mag. Thomas Geiblinger,
Chefin v. Dienst: Mag^a Ute Pichler,
Redaktion: Markus Bacher, Mag. Gerald Demmel,
Mag^a Alexandra Hopf, Mag^a Birgit Jung,
Philipp Lindner, Martin Oppenauer, Mag^a Sophia
Schönecker, Andreas Strobl, Susanne Vockenhuber
Bildredaktion: Emil Goldberg,
Layout: Thomas Lehmann, Coverfoto: Johannes Zinner,
Bildbearbeitung: Max Stohanzl
Sekretariat: Michaela Pavelka, Tel: 01/534 27/275
Verlag: edition rot Buch & Zeitschriften Handels &
Verlags GmbH, 1050 Wien, Rechte Wienzeile 97
Hersteller: LeykamDruck, Wr. Neustadt,
E-Mail: spoe.aktuell@spoe.at, Homepage: www.spoe.at
Einzelpreis: 0,73 Euro; Abo: 21 Euro

NET NEWS

Fakten, Antworten und Umfragen zu Freiwilligenheer und Sozialjahr

Die SPÖ spricht sich für die Umstellung des Bundesheeres auf ein Freiwilligenheer mit starker Milizkomponente aus. Mit dem Aussetzen der allgemeinen Wehrpflicht würde auch ein Aus für den Zivildienst einhergehen. Hier hat die SPÖ mit dem Modell eines Sozialjahres eine gangbare Alternative vorgelegt. Auf freiwilligenheer.spoe.at finden sich

alle Vorteile der neuen Modelle sowie die gängigsten Fragen und Antworten in übersichtlich aufbereiteter Form. Neben den Argumenten prominenter Befürworter der Reformen sind auch zahlreiche Pressestimmen und aktuelle Umfragen online. Weiters steht eine Broschüre als PDF zum Download, in der die wichtigsten Infos kompakt zusammengefasst wurden. ♦

freiwilligenheer.spoe.at





Ski-Fest in Schladming

Mit mehr als 55.000 Fans war der Nachtslalom in Schladming ein großes Ski-Fest mit toller Stimmung. Bundeskanzler Werner Faymann feierte so wie ganz Österreich mit unseren Ski-Asen mit.

Kunstpreise 2010 verliehen

Kulturministerin Claudia Schmied hat gemeinsam mit Bundespräsident Heinz Fischer die Österreichischen Kunstpreise 2010 verliehen. Die Preise gingen an: Paulus Hochgatterer, Jacqueline Csuss, Paul Albert Leitner, Thomas Daniel Schlee, Jessica Hausner, Franz Graf und Richard Kriesche.



Hochrangiger Besuch aus Estland

Bundeskanzler Werner Faymann empfing vor kurzem Andrus Ansip, den Premierminister der Republik Estland, zu einem Arbeitsgespräch in Wien. Hauptthema des Gesprächs waren wirtschaftliche Fragen.